

Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieser Entwurf zum neuen Lehrerdienstrecht ist untragbar. Ich möchte folgende dringende Punkte beanstanden, die mir sehr am Herzen liegen:

1. In diesem Entwurf ist nicht eindeutig ersichtlich, ob wirklich nur Neulehrerinnen bzw. Neulehrer betroffen sind. Es kann auch Lehrerinnen bzw. Lehrer treffen, die mit heurigem Schuljahr in den Schuldienst eintreten.  
**Diese Änderung ist mit Entschiedenheit abzulehnen.**
2. Im Gesetzestext wird mit keinem Wort der Einsatz von Support-Personal erwähnt. Administrative Tätigkeiten müssen weiter von der Lehrkraft gemacht werden. **Der Arbeitsaufwand für die Lehrkraft bleibt gleich.**  
**Diese Änderung ist abzulehnen.**
3. Die Zulage für die Führung einer Klasse wird abgeschafft. Das heißt **finanzielle Einbußen, Arbeitsaufwand bleibt gleich.**  
**Diese Änderung ist abzulehnen.**
4. Mindestens 4 Stunden mehr Unterricht bei gleicher Bezahlung. Lehrerinnen bzw. Lehrer müssen also bis zu 100 Schülerinnen und Schüler mehr betreuen. Die Zeit für die einzelne Schülerin bzw. den einzelnen Schüler verringert sich. Es ist **eine stärkere psychische und physische Belastung für die Lehrkraft zu erwarten.**  
**Diese Änderung ist gesundheitsgefährdend.**
5. Da fast 75 % der Lehrkräfte weiblich sind, ist dieser Entwurf extrem frauenfeindlich. Die bereits sehr **hohe Belastung aller Frauen wird noch erhöht.**
6. Die Lehrer/innen-Ausbildung schließt mit dem Bachelor ab. Die masterwertige Ausbildung kommt im Entwurf nicht vor. **Wo sieht die Regierung die Qualitätssteigerung? Ich sehe diese nicht.**  
**Diese Änderung ist untragbar.**
7. Ich darf an jeder beliebigen Schulart in jedem beliebigen Ausmaß in jedem beliebigen Fach und auch gegen meinen Willen eingesetzt werden. Hier kann wohl **von Qualitätssteigerung keine Rede sein.**  
Diese beliebige Einsetzbarkeit an jeder Schulart, ohne auf die unterschiedlichen pädagogischen Herausforderungen einzugehen, halte ich für eine **Gefährdung des gesamten österreichischen Bildungssystems.**
8. Zum Schluss noch die finanziellen Einbußen. Eine **Arbeitszeiterhöhung von 30 % bis zu 87 % kann nicht akzeptiert werden.**  
Die vom Dienstgeber mitfinanzierte Arbeitsstudie „LehrerIn 2000“ zeigte die wahre Belastung der Lehrerinnen und Lehrer auf. Für den **AHS-Bereich** wurde damals eine **jährliche Gesamtarbeitszeit von 1.928 Stunden** festgestellt. (Die Jahresarbeitszeit eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers beträgt laut WKO 1.746 Stunden.)

Ich habe letztes Schuljahr für mich eine jährliche Gesamtarbeitszeit von 1.916 Stunden berechnet. Das neue Lehrerdienstrecht würde für mich eine **Arbeitszeiterhöhung um ca. 360 Stunden**

**bedeuten, die Entlohnung würde unverändert** bleiben.

**Wo ist hier die Entlastung und somit Qualitätssteigerung zu finden?**

Von einem attraktiven Beruf, den sicher nur die Besten ausüben sollten, sind wir mit diesem Entwurf weit entfernt.

**Ich kann daher diesen Gesetzesentwurf nur auf das Entschiedenste ablehnen und ersuche um Berücksichtigung meiner Bedenken.**

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Christa Höglinger

P. S. Sie dürfen meine Verbesserungsvorschläge auf der Seite des Parlamentes veröffentlichen.